

Lodzer

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 329 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postkassenkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Erscheinensstunden des Erschließers täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigefaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengefuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Blotz; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Die Krise in Sowjetrußland.

Die Sowjetunion ist in eine neue Krise geraten. Männer, die bisher als Mitglieder des Politbüros an der Spitze der herrschenden bolschewistischen Partei, als Volkskommissare an der Spitze der Regierung der Sowjetunion gestanden, so Schryzow, Lominadse, Schaglin, sind plötzlich abgesetzt worden. Viele andre Funktionäre der bolschewistischen Partei, die bisher an der Spitze großer Organisationen gestanden haben, wurden als „Verräter“ aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet, so Njutin, Sleprow, Marezki, Jaglom. Die ganze Sowjetpresse ist voll heftigster Anklagen gegen eine neue Opposition, die sich innerhalb der bolschewistischen Partei gebildet habe. Zugleich rast eine neue Welle des Terrors über Rußland. Massenverhaftungen und Massenerschießungen. Insbesondere die Intelligenz wird diesmal getroffen. Begonnen hat dies mit der Verhaftung einer Gruppe berühmter Gelehrter, die seit 1918 der Sowjetunion auf den wichtigsten Posten ihr großes Wissen zur Verfügung gestellt haben. Der Verhaftung dieser Gelehrten folgte eine wahre Razzia auf Professoren; so sitzen zum Beispiel jetzt fast alle alten Historiker der russischen Universitäten in Haft. Der Hauptangriff richtet sich aber wieder, wie im Jahre 1928, zur Zeit des Schacht-Prozesses, gegen die Ingenieure der Staatsindustrie. Er gipfelt in dem sensationellen Niesenprozeß gegen die „Industriepartei“, der soeben begonnen hat. Die Anklageschrift Krylenkos behauptet, daß die angeklagten Ingenieure in unmittelbarer Verbindung mit der französischen Regierung und dem französischen Generalstab gestanden hätten, daß Poincare und Briand selbst ihnen zugesichert hätten, Frankreich werde spätestens im Jahre 1931 einen Krieg gegen die Sowjetunion anfangen! Und diese Behauptung wird nun zu einer stürmischen Propaganda ausgenutzt, das russische Volk müsse sich zur Verteidigung in dem unmittelbar drohenden Kriege bereitmachen. Es ist begreiflich, daß alle diese Vorgänge zu den wildesten Gerüchten in Rußland selbst und im Ausland Anlaß geben.

Die Ursache dieser Vorgänge ist die Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den letzten Monaten.

Die Sowjetwirtschaft ist in das dritte Jahr des „Fünfjahresplanes“ getreten. Die ungeheuersten Anstrengungen sind auf den Bau neuer riesenhafter Industrieanlagen konzentriert. Die Mittel dazu werden zum Teil durch Vermehrung des umlaufenden Papiergeldes beschafft. Infolgedessen zeigen sich die typischen Erscheinungen der Inflation: Warenmangel; Weigerung der Bauern, Lebensmittel gegen Geld herzugeben statt im Austausch gegen „Sachwerte“; lange Schlangen „angestellter“ Menschen vor den Geschäften; Wucherpreise im Schleichhandel; Mangel an Betriebskapital in der Industrie, die immer wieder die Bühne nicht rechtzeitig auszuzahlen vermag. In den Kollektivwirtschaften auf dem Lande Schwierigkeiten: die Bauern weigern sich, ihr Getreide dem Staat zu den vorgeschriebenen niedrigen Preisen zu überlassen, da sie im Privathandel zehnmal höhere Preise bekommen könnten.

Stalin fürchtet die Unzufriedenheit der Massen in Stadt und Land, die aus dieser wirtschaftlichen Krise entstanden ist. Darum sucht er durch Verschärfung des Terrors jede Opposition einzuschüchtern. Im vorigen Winter richtete der Terror vor allem gegen die Bauern. Damals wurden Zehntausende kleiner und mittlerer Bauern, die sich der Kollektivierung der Landwirtschaft widersetzen, für „Kulaken“ erklärt, von Haus und Hof verjagt, zur Zwangsarbeit in die Forste des Nordens geschickt, die Widerstrebenden verhaftet und ohne gerichtliches Verfahren erschossen. Seit dem März ist der Terror gegen die Bauern abgeschwächt worden; eine vorübergehende Bremsung der gewalttätigen Kollektivierung war unerlässlich, um den Frühjahrsanbau sicherzustellen. Dafür aber setzte nun der Terror gegen die Intelligenz ein. Die Verhaftung, die die Verhaftungen der Gelehrten in den Reihen der Intelligenz erweckten, wurde mit der Verallgemeinerung des Terrors gegen die Intelligenz beantwortet. Der Terror gegen die Ingenieure soll ihnen zeigen: jeder hat die Anklage und den Tod als „Saboteur“ zu fürchten, der die

Pilsudski tritt zurück.

Sitzung des Ministerrates. — Oberst Slawel wird Ministerpräsident. — Glablowski geht zur Armee zurück. — Pilsudski will sich den Verfassungsproblemen widmen.

Gestern, um 1 Uhr nachmittags, fand unter dem Vorsitz Marschall Pilsudskis eine Sitzung des Ministerrates statt. In der Sitzung machte Pilsudski die Mitteilung, daß er sich gezwungen sehe, mit samt dem ganzen Kabinett um die Dimission nachzudenken, da seine Uebermüdung ihm nicht gestatte, mit solcher Anspannung zu arbeiten, wie sie das Amt eines Regierungschefs erfordert. Außerdem habe er die Absicht, sich der Bearbeitung der Probleme der Verfassungsänderung zu widmen. Diese Probleme will er in einer ganzen Reihe von Presse-Interviews ausführlich behandeln.

Pilsudski teilte ferner mit, daß er den Staatspräsidenten bereits von seinem Entschluß in Kenntnis gesetzt habe; dieser habe sich einverstanden erklärt, die Dimission anzunehmen — und habe seinerseits als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten den Obersten Walery Slawel vorgeschlagen. Diese Kandidatur habe die volle Billigung Pilsudskis gefunden. Marschall Pilsudski erklärte noch, daß sein Kabinett so lange am Ruder bleiben werde, bis es Slawel gelingen werde, das neue Kabinett zu bilden.

In Warschau ist man allgemein der Ansicht, daß die Ernennung der neuen Regierung um den 9. Dezember herum erfolgen werde. Der Termin wird davon abhängen, ob Pilsudski sich entschließt, die Sejmöffnung selbst durchzuführen oder nicht. Das neue Kabinett wird auch Persön-

nalveränderungen mit sich bringen. Es bestätigt sich das Gerücht, daß der bisherige Vizeminister des Innern Pieracki zum Innenminister ernannt werden soll, während General Slawoj-Skladkowski sich von der politischen Betätigung zurückziehen und zur Armee zurückkehren will. Ferner wird der bisherige Vizeministerpräsident Bed zum Vizeminister im Außenministerium und der General Ingenieur Norwid-Neugebauer zum Vizeminister für öffentliche Arbeiten ernannt werden.

In politischen Kreisen wird die Nachricht verbreitet, daß der Staatspräsident Mosicki gleichfalls beabsichtigt zurückzutreten, um sich von der neuen Nationalversammlung wiedewählen zu lassen. Normalerweise läuft die Amtszeit des Staatspräsidenten erst im Jahre 1933 ab.

Die Einstellung der Parteien.

Entschiedene Opposition des Centrolew.

Die Nationale Partei hat bis jetzt noch keine Vollziehung ihrer neugewählten Abgeordneten und Senatoren abgehalten, so daß die Richtlinien ihrer parlamentarischen Taktik noch nicht festgelegt sind. Wie jedoch aus verschiedenen Äußerungen maßgebender Politiker des Nationalen Klubs hervorgeht, wäre dieser bereit sich der Regierung gegenüber sachlich einzustellen. Diese Einstellung wird jedoch von zwei Bedingungen abhängig gemacht, und zwar der Beseitigung Cars von seinem Posten als Justizminister und der Durchführung von Neuwahlen in denjenigen Bezirken, in denen Mißbräuche vorkamen. — Nun, die Endeja wird schon mit sich handeln lassen. Die Sanacja hat mehr und mehr eine so reaktionäre Färbung angenommen, daß die Endeja mit Freunden eine Verwirklichung vieler ihrer Ziele registrieren kann. Man braucht nur noch die Endeja ein bißchen an die Futtertrippe zu lassen, und das Geschäft ist gemacht.

Was die Parteien des Centrolew betrifft, so steht fest, daß sie eine Politik der entschiedenen Opposition führen werden. Sie wollen weder moralisch noch formell eine Verantwortung für die gegenwärtigen Regierungen tragen. Die Chadecja hingegen wird sich wahrscheinlich recht bald der neuen Situation anpassen und ihrer Gewohnheit nach versuchen, den „Siegern“ ihre Dienste anzubieten. Bei den Juden überwiegt die galizisch-zionistische Richtung, die schon immer sanacjafreundlich eingestellt war. Der deutsch-bürgerliche Klub wird sich kaum zu einer klaren Stellungnahme entschließen können und aller Wahrscheinlichkeit nach die schwankende Haltung der vorigen Kadenz fortsetzen. Allgemeines Aufsehen erregen gewisse Äußerungen der ukrainischen Presse, aus denen man schließen kann, daß die Ukrainer ihre unveröhnliche Haltung aufgeben und im Parlament eine gemäßigtere Taktik einschlagen wollen.



Oberst Slawel,

der frühere Ministerpräsident, wird den Posten Pilsudskis nach dem Zusammentritt des neuen Parlaments übernehmen. Slawel wurde auch zum Fraktionsvorsitzenden des Regierungsblocks gewählt.

hohen Produktionssteigerungen, die der „Fünfjahresplan“ vorschreibt, nicht zu erzwingen versteht. Zugleich will dieser Terror aber auch politische Nebenzwecke erreichen. In der Anklageschrift gegen die „Industriepartei“ erklärt Krylenko: „Nun ist es bewiesen: an der wirtschaftlichen Zerrüttung ist nicht die Sowjetregierung schuld, sondern die Ingenieure, die absichtlich, im Dienste fremder Mächte, die Wirtschaft sabotieren!“ Und auch die Behauptung, daß Frankreich in wenigen Monaten die Sowjetunion mit Krieg überziehen wolle und daß Poincare und Briand russischen Ingenieuren diese Absicht verraten hätten, dient durchsichtigem Zweck; der Schrei: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ soll alle Opposition zum Verstummen zwingen, die darbenenden Massen zum „Durchhalten“ bewegen! Freilich, dieser politische Feldzug wird teuer bezahlt. Wie soll die industrielle Bürokratie, die die Betriebe leitet, noch Arbeitsfreude, Initiative aufbringen, wenn jedem Ingenieur täglich der Tod droht?

Gegen diese Politik Stalins wendet sich die neue Opposition. Sie wendet sich gegen die Diktatur Stalins in der bolschewistischen Partei, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschönige und keine Kritik dulde. Sie stellt die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter fest. Sie warnt vor der allgemeinen Verzweiflung und Erbitterung, vor den drohenden Gefahren des kommenden Jahres. Stalin behandelt die Opposition verschieden. Den eigentlichen Führern, den Rykow, Bucharin, Tomisk, bricht er das Rückgrat, indem er von ihnen reinigen Widerruf ihrer Meinungen erpreßt. Die mittlere Garnitur, die Schryzow und Lominadse, jagt er von ihren hohen Posten davon. Die kleineren Leute, wie Njutin, läßt er verhaften. Sie alle aber muß die ganze Sowjetpresse als „Agenten der Kulaken“, als „Lafaien der Weltbourgeoisie“, als „Verräter“ beschimpfen. So hat Stalin nacheinander Trozkij, Rakowicki und die Trozkisten, so hat er später Sinowjew

